

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Besatzpreis: durch die Post einschließlich Briefgebühren monatlich 4.75, vierteljährlich 12.50 durch die
Kreuzbandendungen monatlich 2.70, für das Ausland 4.—.

Redaktion: **Hamburg 36.**
Fehlanstr. 11, 1. Stod.
Expedition: **Hamburg 36.**
Fehlanstr. 11, Erdgeschoss.
Verantwortlicher Redakteur: **J. Reize in Hamburg.**

Anzeigen die neu eingekaufte Beilage oder deren Nummern 45 & 46 (ausgibt 89) p. t. Zeitungsausschnitt,
Arbeitsmarkt, Verrentung, Familienangelegenheiten 35 & 36. Anzeigen-Annahme Fehlanstr. 11,
Erdgeschoss (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 8 Uhr), sowie in allen Annoncen-Büros, Blag., u. Daten-
vermittlungen ohne Verbindlichkeit. Reklamen in reaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt
aufgenommen. — Buchhandlung: Erdgeschoss, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stod., Fehlanstr. 11.

Persien und Belgien.

Von Dr. Paul Lenjg, M. d. R.

Ein höchst lehrreiches Beispiel dafür, was man in England unter dem Schutz der kleinen Völker versteht, ist das britische Verhalten in der belgischen und der persischen Frage. Beide Länder behandelte England vor dem Kriege nur als Objekte englischer Politik. In beiden Ländern sind zunächst die englischen Ziele durch die Kriegereignisse durchkreuzt worden, in Belgien durch den Einmarsch der Deutschen, in Persien durch den Zusammenbruch der Russen. In Persien kam es England auf das wertvolle Küstengebiet sowie auf die gemäßigten Delvorkommen im Innern an, in Belgien auf die Ausnützung der belgischen Kampfkraft gegen Deutschland. Belgische Sozialisten haben vor dem Kriege laut dagegen protestiert, daß dasselbe England, das im eigenen Lande die allgemeine Verpflichtung verabschiedete, dem kleinen Belgien den Zwang dieser Verpflichtung aufzulegte, während seine militärischen Unterhändler gleichzeitig Unterhandlungen mit Belgien über die Benutzung belgischen Bodens für Kriegszwecke anknüpften.

Als die deutschen Seere zu Beginn des Krieges sich den Durchmarsch durch Belgien erzwingen, wurde dem deutschen Vorkämpfer in London, Fürsten Richmondy, über die deutschen Absichten folgende Depesche von Berlin aus zugelandet mit dem Auftrage, sie der englischen Regierung mitzuteilen:

Bitte verstehen Sie jedes Mißtrauen, das auf Seiten der britischen Regierung hinsichtlich unserer Absichten bestehen könnte, indem Sie auf das positive die förmliche Zusicherung wiederholen, daß selbst im Falle eines besetzten Konflikt mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annectieren wird. Die Aufrechthaltung dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unter keinerlei Vorwänden annectieren werden, sondern nur zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Nutzen belgisches Gebiet annectieren können, ohne gleichzeitig Gebietsverluste an Holland zu machen. Bitte, machen Sie Sir Edward Grey eindringlich klar, daß die deutsche Armee keinem französischen Angriff über Belgien hinweg ausgeht werden kann, der gemäß unanfechtbaren Informationen geplant war. Deutschland hat infolgedessen die belgische Neutralität außer acht zu lassen, da es eine Frage von Leben oder Tod für uns ist, den französischen Vormarsch zu verhindern.

In der Reichstagsrede vom 4. August bezeichnete der Reichskanzler den deutschen Einmarsch in Belgien als ein „Unrecht“, das wir wieder gut zu machen suchen werden, sobald das militärische Ziel erreicht sei. Am 9. August erließ Deutschland nach dem Fall von Lüttich eine neue Auforderung an Belgien zur Gewährung freien Durchmarsches, in der es unter anderem hieß: Deutschland kommt nicht als Feind nach Belgien. ... Nachdem die belgische Armee in heldenmütigem Widerstand gegen die große Überlegenheit ihre Waffensiege auf das glänzende gemacht hat, bittet die deutsche Regierung Seine Majestät den König, Belgien die weiteren Schrecken des Krieges zu ersparen. Die deutsche Regierung ist zu jedem Abkommen bereit, das sich irgendwie mit ihrem Konflikt mit Frankreich vereinigen läßt.

Mit anderen Worten: immer wieder betonte Deutschland, daß es Belgien lediglich als Pufferzone bezieht habe und nicht daran denke, das Land oder Teile davon dauernd zu annectieren. Frankreich konnte warten, wir aber nicht. Das alles hat aber nicht gehindert, daß die Entente mit England an der Spitze das Deutsche Reich als Schänder des Rechts und Vergewaltiger der kleinen Völker in der ganzen Welt brandmarkte. Damit vergleiche man die Haltung, die England in Persien einnimmt.

Seit dem russisch-englischen Abkommen vom Jahre 1907 wurden Persien in drei Teile geteilt: der nördliche nach Rußland, der südliche England zugesprochen, in der Mitte lag ein noch neutraler, „unabhängiger“ Streifen. Für England bedeutete das eine Sicherung des Weges nach Indien, zugleich aber auch die Verhinderung der russischen Expansion und damit eine außerordentlich wichtige Etappe auf dem Marsche zur Isolierung Deutschlands. Daneben kam es England auf die ausgedehnten Petroleumfelder Persiens an. Das Del fürdende Gebiet Persiens ist ungeheuer, im ganzen größer als Deutschland und Frankreich zusammengekommen. Es liegt zum Teil in der südlichen Region des Landes, die durch die englisch-russische Konvention dem britischen „Einfluß“ überwiesen war, überwiegend aber in der für „neutral“ erklärten Mitte. Nach vor dem Kriege erwarb der englische Staat die Mehrheit der Aktien der Anglo-Persian Oil Company, der englische Fiskus trat als industrieller Unternehmer großen Stils auf, was mit der englischen Tradition in schroffen Widerspruch lag. Inzwischen hatte sich nämlich umgewandelt von der Offensivkraft eine tiefgreifende Ummwälzung in der englischen Flotte vollzogen. Sie war zur Defensivierung übergegangen und im Juni 1914 hatte die englische Admiralität bereits 240 Fahrzeuge aller Art mit Verschleiß fertig. Das hatte die Notwendigkeit, einen sicheren Defensivanten zu haben, für England wesentlich erhöht. Bis dahin lagen die Hauptgebiete für England in Mittel- und Südamerika, besonders in Merito. Die Unsicherheit dieses Landes machte es aber nicht zu einem münzenswerten Lieferanten für die englische Flotte. Einen solchen wollte man sich in Persien verschaffen. Da man aber die Anlage der Röhren in einer Länge von 250 Kilometer bis zur Küste natürlich nur wegen konnte, wenn man die nötige Sicherheit für die Ruhe im Lande besaß, so kam es zunächst darauf an, sich diese Sicherheit zu verschaffen.

Man begann diese Aufgabe dadurch zu lösen, daß man die Unsicherheit im ganzen Lande auf die Spitze trieb. Der durch eine Revolution gestürzte Schah Mohammed Ali wurde durch England und Rußland gestürzt und unter sicherem Geleit außer Landes gebracht. Die inneren Unruhen, soweit sie nicht durch russisches und englisches Geld angefeuert waren, brauchte man dazu, das Land in stets neue Wirrnisse und vor allem in stets neue Kampfschwierigkeiten zu stürzen. Man beklagte sich über die Unsicherheit der Straßen und während vom Norden ein russischer Kolonne einbrang, verlangte England im Süden die Aufstellung einer unter englischen Befehl zu stellenden, aber von Persien zu bezahlenden Polizeitruppe. Persien mußte demnach kommen, nur gelang es, statt der englischen Instrukteure schwedische zu beschicken. Diese schwedischen Offiziere suchte zunächst England zu beschützen. Als diese Versuche mißlangten, erhob sich ein mehrer Rattenkönig von Schwergewichten und Anträgen, denen schließlich die schwedischen Offiziere erlagen. Im März 1915 verließen sie Persien. Im Jahre 1916 wurde die Truppe selber aufgelöst und die alte Ordnung erhob wieder ihr Haupt. Jetzt war England bald am Ziel. Die hilflose, abtötlich dem finanziellen Ruin entgegengeführte persische Regierung mußte auf Englands Befehl eine neue, noch härtere Truppe aufstellen, aber diesmal unter dem Befehl britischer Offiziere. Im Januar 1918 wies Curzon im englischen

Oberhaufe entrüstet die von „deutschfreundlichen“ Elementen aufgestellte Behauptung zurück, daß diese Truppe in Wahrheit nur ein Teil der britischen oder indischen Armee sei, die die Aufgabe habe, das Land militärisch zu besetzen. Natürlich gibt es nichts dergleichen in Persien“ erklärte der frühere Vizekönig von Indien mit Empörung.

Worauf jedoch die ganze Sache hinauslief, sollte bald klar genug werden. Der andere große Partner bei der persischen Teilung, Rußland, war im Kriege zusammengebrochen. Jetzt erklärte England den anglo-russischen Vertrag von 1907 einfach für aufgelöst und bereitete damit seine Herrschaft über ganz Persien vor. Die Eroberung von Bagdad hatte die englische Position im benachbarten Persien sehr erleichtert. Nunmehr konnten die letzten Schleier fallen. Viele Ortschaften im Innern wurden von der „persischen Gendarmerie“ in Trümmer gelegt, bis dann der Oberst Kennan, der englische Konsul in Kirmanshah, in einer öffentlichen Kundgebung an die persische Bevölkerung mit bürren Worten erklärte, diese „persische Gendarmerie“ sei in Wahrheit eine englische Truppenmacht. Wörtlich heißt es in dieser Proklamation: Die englische Regierung jandte bislang keine ihrer Armeen nach Persien, nun ist sie aber aus verschiedenen Gründen gezwungen, eine starke Truppenmacht aufzustellen und nach Kirmanshah in Marsch zu setzen. Nach den üblichen Versicherungen, daß dies nur geheime aus heifer Liebe zu Persien und seiner Unabhängigkeit, heißt es schließlich: „Die Politik Englands stellt eine Politik der Gerechtigkeit dar. Zwischen den englischen Truppen und der persischen Bevölkerung soll sich ein gutes Verhältnis anbahnen. Wir arm und reich werden wir wie mit Freunden verkehren. Diejenigen aber, die etwas zum Schaden Englands unternehmen, werden vor ein Gericht gestellt, Spione und Urheber geheimer Machenschaften haben Aburteilung nach der Strenge des Gesetzes zu gewärtigen.“

So waltet jetzt im neutralen Persien englisches Kriegsgeheiß und englische Truppen stehen tief im Lande. Aber darüber regt sich in der gesamten Entente kein Mensch auf. Persien soll im englischen Schnappdackel ebenso verschwinden, wie ein Viertel der Welt bereits in ihm verschwinden ist. England bleibt nach wie vor der Hüter des Völkerrechts und der Beschützer der Schwachen, der mit Entrüstung auf das Verhalten der Deutschen in Belgien hinweist, und dessen Sozialisten und Arbeiterpolitiker unentwegt in die Kriegstrompete stoßen.

In Belgien handelte es sich für Deutschland um die Frage der nackten Existenz. In Persien handelt es sich für England um einen nackten imperialistischen Raub.

Hefige Teilangriffe der Feinde abgewiesen.

Amlich, M. d. R. Großes Hauptquartier, 26. Juli.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Südlich von Albetr schlugen wir einen englischen Teilangriff zurück und machten im Nachhinein Gelangene. Erfolgreiche Vorstöße unserer Erkundungsabteilungen an vielen Stellen der Front.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Schlachtfelde zwischen Albetr und Warnne wurden heftige Teilangriffe der Feinde teils vor, teils in unserem Kampfgelände abgewiesen. Weidertische des Durca dauerten die Kämpfe bis zum Abend an. Vier waren wir nördlich von Dultje le Chateau den Feind aus seinen vorderen Linien. Delfisch des Ortes und südlich des Durca schlugen wir im Gegenlicht die feindlichen Angriffe ab. Auch westlich von Rincelles (an der Warnne) wurde der Feind im Walde von Albetr nach heftigen Kämpfen vor unseren Linien abgewiesen. Südwestlich von Reims fäuderten wir das Waldgelände westlich von Briand und schlugen heftige Gegenangriffe weißer und schwarzer Franzosen zurück. In der Champagne greift der Feind zwischen dem Suines-Ral und Comatin am frühen Morgen an. Er wurde im Gegenlicht abgewiesen.

Im Unstimmig vor der Feind gehen 23 Flugzeuge und einen Gefangenen.

Am 26. Juli, das Tag der Feinde, gingen 23 Flugzeuge und einen Gefangenen. Die gute Vorbereitung ist der halbe Erfolg. Und ebenso sollten die Ungehörigen zu Hause nicht vergessen. Wir arbeiten hier nicht mit einer Maschine, bei der man sagen kann: moß sie am Ende kaputt sein, wenn wir die gewollte Leistung mit ihr nur noch schaffen. Wir arbeiten mit dem Heiligsten, was es gibt, mit dem Blut und dem Leben des deutschen Volkes. Wir tragen die Verantwortung dafür, und wir wollen das deutsche Heer und damit das deutsche Volk hart und im vollen Besitze aller seiner Kräfte, die es im Frieden nicht weniger brauchen wird, wie es heute braucht, zu unser aller Ziel, zum Frieden, bringen. Siegreiche Soldaten werden fröhlich in der Hand der Kräfte, denen ihre Ausübung anvertraut ist. Unser siegreicher Frieden soll uns durch die tausendjährige Arbeit derer, die ihn für das Vaterland ausmerten, erst die besten Früchte bringen. Unsere letzten Reserven werden die letzten, arbeitsfreudigen Männer, die aus dem Heere heimkehren und den Friedensdienst wieder auf ihre Schultern nehmen. Sie wollen wir uns erhalten! Nicht als „kaputte Majestäten“ wollen wir am Ziele stehen, sondern als „unbesiegt und ungeschlagen“ Volk, das heute die Waffen niederlegt und morgen schon aufbauend wirkt und schafft!

Die Flamenfrage.

Aus Brüssel meldet das Central-Büro der Propaganda: Vor einigen Tagen weiste der Reichskanzler in Brüssel. Er hat während seines Aufenthalts Gelegenheit genommen, mit dem Generalgouverneur auch über die flämische Frage eingehend zu sprechen und hat hierbei sein Einverständnis damit erklärt, daß dem Rat von Brabant eine Gründung des Institutes zugehe, der Reichsanwalt stehe nach wie vor unbeeinträchtigt auf dem Standpunkte der Erklärungen seiner Vorgänger. Die Gründung ist im Auftrage des Generalgouverneurs am 20. Juli durch den Verwaltungsrat für Flandern den Vollmachten des Rates von Brabant beauftragt worden. Dem Rat wurde das Reichsanwalt entprochen, werden in den nächsten Tagen einige folgende Pläne zu ihm begeben, um mit ihm das ganze flämische Problem in eingehender Ausprache zu erörtern.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Amlich, M. d. R. Wien, 26. Juli.
Italienischer Kriegsausflug.
Bei Genove, in den Sieben Gemeinden, feierte ein feindlicher Vorstoß. Sontt feine besonderen Ereignisse. Albanien.
Zwischen Aduch und dem Meere sind wir an mehreren Stellen bis an den Semont gelangt. Unser Vordringen ist heftigen Gegenstoß des Feindes ab.
Der Chef des Generalstabes.

Unterseeboots-Bericht.

Amlich, M. d. R. Berlin, 26. Juli.
Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote vier Dampfer von rund
13 000 Brutto-Register-Tonnen.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das „greifbare“ Ende des Krieges.

Reuter erfährt: Der Arbeiterminister im Kriegsministerium Barnes telegraphierte kürzlich über die amerikanische Arbeiterbewegung, daß die von Wilson in seiner Adresse an die amerikanischen Kruppen vom 8. Juli mitgeteilten Kriegsziele die allgemeine Billigung der Arbeitererschaft finden. Seit der Festlegung der Kriegsziele durch Woodrow Wilson im Januar, sowie durch Wilson und durch die Kriegszielekrämpfe der Arbeiterpartei könne man von dem Gegenstand sagen, daß alle vernünftigen Menschen darüber einig seien, wenn die Zentralmächte nur ihre Bereitschaft erklären wollten, diese drei Bedingungen zu eigen zu machen, dann dürfe man sagen, daß das Ende des Krieges greifbar näher, wenn nicht wirklich gekommen sei.

Es wäre zu bemerken, daß über die Bereitschaft der Zentralmächte auf der allgemeinen Grundfrage des Wilsonschen aber auch anderer Erklärungen in Verhandlungen einig zu werden schon längst bei allen vernünftigen Menschen, gar kein Zweifel bestehen kann. Daß die Zentralmächte sich die gegenseitigen Erklärungen zu eigen machen, sich ihnen also, wie es wohl gemeint ist, ohne Widerrede unterwerfen sollen, ist freilich etwas zu viel verlangt.

Ein Vorstoß gegen die Nordsee-Press.

Der „mächtigste Mann in England“, Lord Northcliffe, der Befürworter der größten und einflussreichsten Zeitungen des Inselreiches, dessen Anteil an der Kriegsvorbereitung und an der beständigen Aufrechterhaltung des Kriegszustandes ganz unerschöpflich ist, war am Mittwoch das Ziel eines heftigen Angriffs, den der ehemalige Arbeiterminister John Burns gegen ihn richtete. Burns (der bei Ausbruch des Krieges sein Amt als Minister niederlegte), hielt eine scharfe Rede gegen das Kriegserlöbende Treiben der „Times“ und anderer Nordseeblätter; er sagte, diese Blätter würden von Schuftens herausgegeben, von Schurken redigiert und von Idioten gelesen. Nachdem er seine Rede beendet hatte, fragte der Sprecher, ob er einen der Lords aus dem Oberhaus im Auge habe. Burns erwiderte, daß er einen habe, nämlich den Lord Northcliffe, der sich in der Rede verhalten habe, wie ein Idiot. Darauf wurde er von dem Sprecher unterbrochen und zum neuen und stellte die Frage, auf welche Weise Burns seine Behauptungen begründen könne, daß gewisse Blätter das Eigentum von „Schurken“ wären, die von „Schurken“ redigiert und von Idioten gelesen würden. Burns gab zur Antwort, diese Behauptungen seien von ihm aufgestellt worden und die heutigen Umstände rechtfertigten seine Behauptungen. Er wiederholte also die oben angeführten Worte, fügte jedoch hinzu, daß, wenn der Sprecher meine, dies sei gegen die Ehre des Hauses, er seine Worte zurücknehme. Der Vorliegende erwiderte, daß es ganz sicher gegen die Ehre sei. Die Blätter, auf die Burns anspielte, wären Eigentum in einem weit größeren Maße als das der „Times“, und dieses sei durch die Schurken zu begründen, die ein Ausbruch, der im Unterhaus nicht zugelassen werden könne und der im anderen Hause ebensomöglich gestattet sei.

Das Unterhausmitglied Tingle stellte die Frage, ob es mehr sei, daß die „Times“ eine Gesellschaft als Eigentum angehöre. Der Sprecher bemerkte, daß er darüber nicht orientiert sei, er sei der Meinung gewesen, Lord Northcliffe wäre der Eigentümer. (Rufe: Nein!) Dann macht es die Sache nur noch schlimmer, fuhr der Sprecher fort.

Burns entgegnete darauf, er würde sich, wenn der Vorliegende seine Behauptungen als gegen die Ehre des Hauses gerichtet ansehe, dieser sehr ernstlich Entschuldigungen machen. Eigentum ist ein sehr wichtiges Recht des Unterhauses und daß sich in dieser langen Zeit mit einem Ehrungsgruß auszuweisen. Das wolle er auch jetzt nicht erreichen. Wenn der Vorliegende den Wunsch habe, daß er seine Worte zurücknehme, dann würde er dies tun, müsse jedoch seine Ansicht ausprechen, daß die Dauerordnung der Mitglieder des Unterhauses volle Vortrefflichkeit zu gewinne. Der Krieg hätte auch darin vielweil eine Veränderung gebracht. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Fliegerangriff auf Paris.

„Welt Posten“ meldet aus Paris: In der Nacht vom Sonntag zum Montag überflogen deutsche Flugzeuge viermal die Stadt, sie warfen Bomben ab und richteten Sachschaden an. Mehrere Personen wurden verwundet.

Ein Munitionsarbeiterstreik in England.

Aus Manchester wird berichtet: Unter den englischen Munitionsarbeitern aus der großer Streik ausgebrochen sein, denn der Londoner Vertreter des „Allgemeinen Handelsbundes“ meldet, daß die Munitionsarbeiter von Montag ab die Verteilung von Munition einstellen. In Gewerkschaften gebe man zu, daß die Munition der Regierung, die darauf abzielen, die gelehrten Arbeiterkräfte auf die Fabriken zu verteilen, die sie am meisten nötig haben, vollständig mit den früheren Abkommen übereinstimmen. Die Ausständigen haben die Maßnahme der beratenden Kommission, für deren Einsetzung sie vor einem Jahre in der Versammlung traten, verworfen.

Portugal und die Entente.

Der „Temps“ meldet aus Lissabon: Das verlassene gefestete der Gründung des Kongresses eine Vorladung und erklärte, die alle republikanische Verfassung dieses bis zur Wiederholung durch das Parlament in Kraft. Der von ihm unterzeichneten Staatsvertrag sei im nationalen Interesse notwendig gewesen. Die Demagogie habe gestürzt werden müssen. Baes erob Eingriffe gegen die Armee, wonach er reaktionäre Ansichten habe. Er liehe auf republikanischen Standpunkte und habe die öffentliche Wohlfahrt im Auge. Während seiner Amtszeit sei die Ordnung wiederhergestellt und die wirtschaftliche Lage Portugals gefestigt worden. Portugal habe keine Verpflichtungen den Alliierten gegenüber noch und ganz erfüllt. Die Regierung organisiere in größerem Umfange die Beteiligung Portugals am Kriege.

Liquidierung der deutschen Banken in Brasilien.

„Agencia Americana“ berichtet aus Rio de Janeiro, daß der Finanzminister auf Beschluß der Regierung mit der Liquidierung sämtlicher deutscher Banken in ganz Brasilien begonnen habe.

Der Gefangenen-Austausch zwischen England und dem Deutschen Reich.

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Gabe im englischen Unterhaus: Das Gaaer Abkommen über den Austausch der Gefangenen wird nun in Wirksamkeit treten, wenn es von den beiden Regierungen ratifiziert ist. Ferner ist es abhängig von einem besonderen Vorbehalt, den die deutschen Delegierten gemacht haben. Die Abmachung wird die beiderseitige Heimholung aller Kombattanten, einschließlich der in Holland und in der Schweiz Internierten, die 18 Monate in Gefangenschaft waren, vor. Alle Zivilpersonen können, wenn sie wünschen, zurückkehren, wobei eine geringere Anzahl der britischen Zivilisten durch eine entsprechend höhere Zahl Kombattanten ausgeglichen wird.

Keine Rückbeforderung der in Holland Internierten.

Einige Zeitungen veröffentlichten eine Mitteilung aus dem Haag, wonach Holland wegen der eigenen Ernährungsschwierigkeiten keine weiteren Internierten und Gefangenen aufnehmen will und die zurück in Holland untergebrachten englischen und deutschen Gefangenen zurückbefördert werden sollen. Hierzu wird amtlich bemerkt, daß eine Zurückbeforderung der in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen nach England nicht in Frage kommen kann. Die deutsche Regierung hat sich der holländischen gegenüber verpflichtet, für die Ernährung der von England nach Holland überführten und dort untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen zu sorgen.

Keine Entlassung des Jahrgangs 1870.

Amlich wird mitgeteilt: Die Entlassung auch nur eines Teiles des Jahrgangs 1870 wird aus militärischen Gründen in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Die immer wiederholte Behauptung, daß die Entlassung des Jahrgangs 1869 mit seinen wenigen Monaten, so gut wie gar keine Entlassung gewesen sei, widerspricht den Tatsachen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Austausch der Kapitulationsurkunden über den deutsch-italienischen Friedensvertrag fand am 24. Juli in Wien statt.
Bonar Law teilte im Unterhaus mit, daß eine neue Kreditvorlage eingebracht wurde. Zugleich wurde auch eine Erklärung über die militärische Lage abgegeben.
Der „Temps“ meldet aus Washington: Der frühere Direktor der deutschen „Staatszeitung“ des Staates Mississippi, der des Verstoßes gegen das Spionagegesetz schuldig erklärt wurde, erhielt zehn Jahre Gefängnis und 500 Dollar Buße.
Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet aus Lagan: Der Geneser „Secolo“ meldet aus Buenos Aires, daß der argentinische Finanzminister sein Entlassungsgesuch zurückgezogen hat und daß die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen für den Zusammenbruch aller aller Isthmischen Kanäle in Staaten unter nordamerikanischer Führung verstärken. Ein bevorstehender Programm sei die Schaffung einer Handelsflotte für den Verkehr zwischen Nord- und Südamerika.
„Nationalitende“ meldet aus Stockholm: Die Danisch-italienische Alliierten-Gesellschaft „Geda“ hat beschlossen, trotz der Choleraepidemie die Schifffahrt nach Petersburg wieder aufzunehmen. Kette und Frachtenregulieren werden die Dampfer besetzen. Die Kapitäne erhalten den strengen Befehl, in Petersburg keine Lebensmittel zu kaufen und das Wasser aus der Rena nicht zu verwenden.

Allgemein-politische Nachrichten.

Verhandlung oder Auflösung?

Zu der neuentstandenen Debatte über die preussische Wahlrechtfrage gibt in der freisinnigen „Post“ ein parlamentarischer Beobachtungsreport — vermuthlich Herr von Jochim — gute Nachrichten für eine Verhandlung. Er führt aus: „Für den ungeliebten Italiener ist die Wahlrechtfrage ein zweifelhafte mehr, wenn auch über das Herrschen an einer Verhandlung mit dem Abgeordnetenhaus nicht zu gelangen wäre, eine Auflösung des Abgeordnetenhauses trotz der entgegenstehenden Bedenken nicht zu umgehen sein würde. Es mag aber ganz möglich sein, jetzt wieder völlig Karupstellen, daß der Ausgang der Landtagsverhandlungen über die Wahlrechtfrage nur Verhandlung oder Auflösung sein kann. Tertium non datur — denn in Preußen, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist, könnte aus dem Willigen Gelingen der Regierung bei den letzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nur zu leicht geschlossen werden, daß bei negativem Verlauf der Wahlrechtskampagne wenigstens zunächst alles beim alten bleiben werde.“

Aber auch im letzten kann die von jeder Mitteilung zu gewöhnliche Stärkung des politischen Verantwortlichkeitsgefühls nur erwünscht sein. Angesichts der so überaus wichtigen Bedenken, welche sich gegen einen das Volk tief spaltenden Wahlkampf in einer Zeit erheben, in der entweder der Krieg die Einheit der Volkstrotz zu Staatsnotwendigkeit macht oder die ersten großen Friedensaufgaben die Sammlung aller Kräfte des Volkes erheischen, ist es die unabwiesbare vaterländische Pflicht aller Beteiligten, nach Möglichkeit einem solchen Ausgang der Landtagsverhandlungen vorzuziehen. Dies ist insbesondere auch von der demokratischen Linken, welche bisher ihren Wahlsieger durch Konsolidierung der Wahlrechtprivilegien, wenn auch in anderer Form, in der Grund, daß die Wahlrechtsreform immer noch in der Schwärze ist. Auf eine Verhandlung, wie diese Feinde des gleichen Wahlrechts sie sich denken, wird die Regierung sich um keinen Fall einlassen dürfen, weil das die Preisgabe des gleichen Wahlrechts bedeuten würde, das der Krieg mit der aller Vorkäuflichkeit auferlegten gleichen Opferpflicht zu einer unabweislichen Notwendigkeit gemacht hat. Diesen tapferen Kämpfern darf die Reichsleitung nicht mehr vorenthalten werden, um faulen Kriegsgewinnlinsen Vordruck zu geben.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“, die hinsichtlich der Regierung gläubiger dagegen verhalten zu müssen, daß Schenkemanns Anhalten richtig seien, hat sich nun eines anderen besonnen. Sie erklärt, „Aber den annehmlichen Stand der Wahlrechtsreform heißt unter Umständen völlige Klarheit. Die Regierung hofft zunächst noch darauf, daß die vorhandenen Schwierigkeiten sich auf dem Wege der Verständigung lösen lassen. Sie wird darin durch die Erwägung bestärkt, daß wohl keine Partei, auch die sozialdemokratische nicht, den Wunsch hegt, es zu einer Landtagsauflösung kommen zu lassen, wenn es möglich sein sollte, die ungeklärte Wahlreform auf eine Weise zustande zu bringen, die dem von außen bedrohten Vaterlande ernste politische Schäden in der Heimat erbringt. Darüber, ob die Möglichkeit besteht, kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Es hat aber um so weniger Zweck, jetzt öffentlich die Meinungsverschiedenheiten dieser Art zu erörtern, als der Reichskanzler hier und deutlich behauptet hat, er werde, falls seine Zuversicht auf Verständigung sich als trügerisch erweisen sollte, unbedenklich zu der Landtagsauflösung schreiten.“

Wenn die angeführte Wahlreform, das heißt das gleiche Wahlrecht, ohne Landtagsauflösung erreicht werden kann, so wird die Sozialdemokratie dagegen nichts einzuwenden haben. Nicht ein Wahlkampf zu ungelegener Zeit ist das Ziel unseres Bemühens, sondern die Erreichung der Reichsvereinfachung für die Volksmassen. Befähigt die Regierung dieses Ziel im Wege der Verständigung zu erreichen, so ist ein solches Ergebnis Spielraum frei. Die Verständigungspolitik aber ein solches Ergebnis immer mit der Zustimmung der Regierung vom Boden des gleichen Wahlrechts recht weit abdrängen zu können.

Gegen unbedeutende Mietsteigerungen.

Der bayerische Reichstag hat einstimmig einen Antrag beschlossen, in dem die Regierung erucht wird, bis zu einer allgemeinen Regelung durch das Reich, die von der bayerischen Regierung fern bayerischen Reichstages im Reichstag zu setzen, um unbedeutende Mietsteigerungen zu verhindern. Insbesondere soll eine Verfügung erlassen werden, wonach die Mietpreiserhöhung, sofern die Mieter nicht schriftlich zustimmen, nur mit Genehmigung der Mietvereinsungsgesamter eintreten darf. Ferner soll die Regierung darauf hinwirken, daß die Mietvereinsamter weiter ausgebaut werden und auch in der Überlegungszeit nach dem Kriege in Wirksamkeit bleiben.